

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2015

DEUTSCHLAND – VERLÄSSLICHER BÜNDNISPARTNER

09.01.2015

Weltweit wachsen die Herausforderungen an die Politik: Wirtschaftliche und politische Krisen und langfristige globale Aufgaben wie Klimaschutz, Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheit erfordern ein konzertiertes Vorgehen der Weltgemeinschaft. Deutschland als wirtschaftlich starkes, stabiles Land ist ein gefragter Partner, wenn es um die Bewältigung dieser vielfältigen Aufgaben geht. Deutschland stellt sich seiner gestiegenen internationalen Verantwortung. Zu Recht bleibt unser Handeln aber immer eingebunden in europäische oder multilaterale Entscheidungsstrukturen. Wichtigster Anker ist unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) und in der NATO. Diese Bündnisse sichern unsere Freiheit und unseren Wohlstand. Wichtige außenpolitische Entscheidungen treffen wir in engem Schulterschluss mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern.

Gemeinsames Eintreten für Freiheit und Menschenrechte

Unser außenpolitisches Handeln im Bündnis ist verlässlich, weil es einem klaren Kompass folgt. Deutschland ist ein weltoffenes Industrie- und Handelsland und vielfältig global engagiert. Die Bewahrung einer freien und offenen internationalen Ordnung ist für unsere Freiheit und unseren Wohlstand von zentraler Bedeutung. Wir tragen Verantwortung dafür, diese Weltordnung und ihre Regeln und Institutionen zu erhalten. Auch unser christliches Menschenbild trägt uns auf, engagiert für die Freiheit und die Achtung der Menschenwürde einzutreten. Die Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten erschüttern Fundamente der Nachkriegsordnung. Für die CSU-Landesgruppe ist klar:

- ♦ Die **Achtung des Völkerrechts** und die territoriale Integrität von Staaten dürfen nicht in Frage gestellt werden. Die Annexion der Krim ist ein Völkerrechtsbruch und wird von uns nicht anerkannt. Das Minsker Abkommen zur Ostukraine muss endlich umgesetzt werden.
- ♦ Die notwendigen Gespräche mit Russland zur **Lösung des Ukraine-Konflikts** führen wir in klarer Bündnisorientierung – als Vertreter der gemeinsamen Linie von EU und NATO. Wir unterstützen die OSZE, der eine entscheidende Rolle als Brückenelement zur Verständigung zukommt.
- ♦ Ein **gutes Verhältnis zu Russland** ist zur Lösung vieler globaler Probleme unerlässlich. Eine Verständigung darf aber nicht um den Preis einer Aufgabe

wesentlicher Werte erfolgen, auf denen unsere Bündnisse beruhen: Zu große Nachgiebigkeit macht uns unglaubwürdig – gerade bei Menschen, die für unsere Werte Freiheit oder Leben riskieren.

- ◆ In EU und NATO stehen wir einig und solidarisch zusammen und lassen uns weder provozieren noch spalten. Wir halten am Weg der spürbaren, gezielten **Sanktionen** fest, die verschärft, aber auch aufgehoben werden können. Statt im Stil des Kalten Krieges militärisch zu drohen, sollte Russland deeskalieren und global mit dem Westen kooperieren.

Wir stehen hinter dem Vorgehen unserer NATO-Partner und anderer Staaten gegen den sogenannten „**Islamischen Staat**“ (IS). Dem barbarischen Wüten der Terrormiliz im Irak und Syrien durfte nicht mehr tatenlos zugeschaut werden. Wir können die Menschen in der Region – insbesondere religiöse und ethnische Minderheiten – nicht allein lassen und dem IS ausliefern.

- ◆ Vorrangige Bedeutung kommt der **Hilfe für die Flüchtlinge** im Irak, in Syrien und in den Anrainerstaaten zu. Hier hat Deutschland schon Hilfsleistungen in großem Umfang erbracht. Weitere Anstrengungen auch von Seiten der EU sind aber nötig.
- ◆ Es war richtig, dass Deutschland beschlossen hat, den Verteidigern Irakisch-Kurdistans auch Waffen und Munition zu liefern, um den Vormarsch des IS aufzuhalten. **Waffenlieferungen** können in Ausnahmesituationen eine erforderliche Nothilfemaßnahme darstellen. Um nachhaltig zu helfen, sollten wir auch eine effektive Ausbildung der Verteidiger sicherstellen.
- ◆ Neben kurzfristigem Krisenmanagement braucht der Nahe Osten aber auch **mittel- und langfristige Perspektiven**. Dazu dient unser umfassendes Engagement der Entwicklungszusammenarbeit. Die politischen Stiftungen tragen dazu bei, dass Ansätze demokratischer Kultur und offener Gesellschaften gestützt werden und sich Resistenzen gegen Islamismus und autoritäre Strukturen bilden. Erfolgreiche, moderne arabische Gesellschaften entziehen den Extremisten den Nährboden und sind wertvolle Partner für Europa.

Europäische Union – einig und stark nach außen

Die aktuelle Weltlage macht den Wert der europäischen Einigung jeden Tag deutlich: Krisen und globale Zukunftsherausforderungen können wir als Europäer nur gemeinsam meistern. Um Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt voranzubringen, brauchen wir eine **aktive Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)**, in der alle 28 Mitglieder an einem Strang ziehen. Die CSU-Landesgruppe will eine einig und starke EU:

- ◆ Im Ukraine-Konflikt ist die **Geschlossenheit** bislang Europas größter Trumpf. Es liegt im deutschen Interesse, Einigkeit und Konsens in der EU zu befördern und dazu auch die kleineren und mittleren Mitgliedstaaten in die Entscheidungsfindung eng einzubeziehen. Nur wenn sie mit einer Stimme spricht, wird die EU auf internationaler Ebene gehört.
- ◆ In der Politik der **Östlichen Partnerschaft** muss die EU mit Augenmaß vorgehen. Wir werden keiner Lösung zustimmen, die das Selbstbestimmungsrecht und den Freiheitswillen der osteuropäischen Länder negiert und Russland ein Vetorecht hinsichtlich der europäischen Orientierung dieser Länder einräumt. Der Euromaidan stand für den Wunsch nach politischen Reformen in der Ukraine und für eine europäische Perspektive.
- ◆ Die **Assoziierung der Ukraine sowie Georgiens und Moldaus** mit der EU verdient Unterstützung. Die Frage eines EU-Beitritts stellt sich derzeit aber nicht. Wirtschaftlicher Aufschwung und rechtsstaatliche Reformen sind das beste Mittel gegen separatistische Tendenzen. Die Assoziierung sollte in der Umsetzung so ausgestaltet werden, dass Betroffenen möglichst wenige Nachteile im Handelsverkehr mit Russland entstehen.
- ◆ Der **Freihandel** muss weltweit vorankommen. Er muss auf fairen Standards aufbauen. Wir unterstützen daher auch Gespräche zwischen EU und Eurasischer Union, um Handelsschranken zwischen beiden abzubauen.

- ◆ Beim Abschluss von **Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA** sollten wir trotz Bedenken in Einzelfragen nicht die immensen Vorteile übersehen. Die Abkommen sind gerade für unser exportabhängiges Land eine riesige Chance. Die Beseitigung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen verbessert die Möglichkeiten unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Durch den Wegfall von doppelten Tests und Zertifizierungen sparen wir Kosten. Unsere hohen Standards – im Arbeitsleben, beim Daten-, Umwelt- und Verbraucherschutz, bei der Daseinsvorsorge und bei der Gentechnik – sind dabei nicht verhandelbar. Die Abkommen können vielmehr dazu beitragen, unsere hohen Standards auch zukünftig zu sichern.

Die **GASP und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)** müssen nach Auffassung der CSU-Landesgruppe den neuen Anforderungen besser angepasst werden.

- ◆ Die langsame Entwicklung der GSVP entspricht nicht dem rasanten Tempo, in dem sich die weltweite Sicherheitslage verändert. Die GSVP muss effektiver werden.
- ◆ Die erfolgreichen zivilen **Instrumente** der EU zur Förderung von Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie müssen durch wirksame Instrumente zur Krisenprävention, -reaktion und Konfliktbeilegung ergänzt werden.
- ◆ Die steigende Zahl militärischer **EU-Missionen** bietet Lehrmaterial für die Zukunft. Aktuelle Missionen stärken zu Recht auch die Krisenreaktionsfähigkeit lokaler Akteure.
- ◆ EU und NATO ergänzen sich: Militärische Fähigkeiten müssen aufeinander abgestimmt sein. Die EU sollte anstreben, im Einzelfall auch ohne direkte Unterstützung der USA handlungsfähig zu sein. Dazu brauchen wir eine bessere Aufgabenteilung zwischen den Streitkräften der EU-Staaten und die gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten. Auch um trotz Haushaltszwängen in vielen Mitgliedstaaten Fähigkeitslücken in der EU zu vermeiden, muss „Pooling and Sharing“ endlich ernsthaft angepackt werden.

NATO – Fundament unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die NATO bleibt Garant unserer Sicherheit und Freiheit. Sie ergänzt die Zusammenarbeit in Europa um das transatlantische Band, das uns nach 1945 in Europa den Frieden gesichert hat. Wir sind dankbar für die Loyalität, mit der die USA und Kanada auch in schwierigen Zeiten stets zu Deutschland und Europa gestanden haben. Diese Freundschaft und die Wertegemeinschaft, die uns verbinden, sind Grundpfeiler unserer auswärtigen Politik.

- ◆ Die CSU-Landesgruppe nimmt die Sorgen der NATO-Partner in Osteuropa sehr ernst. Das Beistandsversprechen aus Art. 5 des Nordatlantikvertrages gilt. Die Beschlüsse des **NATO-Gipfels in Wales** zur Solidarität mit den östlichen Mitgliedern – mehr Manöver, Verbesserung der Einsatzbereitschaft, Aufstellung der Speerspitze – sind erforderlich und mit der NATO-Russland-Akte vereinbar. Sie müssen jetzt schnell umgesetzt werden. Die Luftraumüberwachung im Baltikum ist ein richtiger Anfang.
- ◆ Die **Interoperabilität**, das heißt, die Fähigkeit der Streitkräfte verschiedener Nationen, reibungslos zusammenzuwirken, ist weiter zu stärken – das zeigen die Erfahrungen aus Afghanistan. Die ehemaligen Warschauer-Pakt-Armeen müssen wir bei dieser Herausforderung unterstützen.
- ◆ Die Bundeswehr ist und bleibt Parlamentsarmee. Durch den **Parlamentsvorbehalt** dürfen aber keine Zweifel an Deutschlands Verlässlichkeit in NATO und EU entstehen. In Zeiten der Finanzknappheit und neuer Bedrohungen gewinnen die Konzepte des „Pooling and Sharing“ und der „Rahmennation“ an Bedeutung. Wie in integrierten Stäben oder der NATO-Speerspitze muss sich dabei jeder ganz auf den anderen und dessen Beitrag verlassen können. Hier sollte die aktuelle Reformkommission Lösungen finden, wie das Parlament den Weg der Streitkräfte in zunehmende gegenseitige Bindungen konstruktiv begleiten kann.

- ◆ Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind **Verteidigungsausgaben**, die sich langfristig 2 Prozent des BIP annähern, sinnvoll. Den europaweiten Trend zur Ausgabenkürzung müssen wir umkehren. Freiheit und Sicherheit sind nicht umsonst zu haben.

Unsere Streitkräfte – modern und schlagkräftig

Als verlässlicher Bündnispartner braucht Deutschland eine moderne und schlagkräftige Bundeswehr, die strategisch gut aufgestellt ist. Für die CSU-Landesgruppe steht dabei fest:

- ◆ Wir brauchen dringend ein neues **Weißbuch**, um Außen- und Verteidigungspolitik auf eine aktuelle strategische Basis zu stellen, die Anforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung sowie der europäischen Integration und der Auslandseinsätze berücksichtigt. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung diese CSU-Forderung aufgegriffen hat. Jetzt müssen die betroffenen Ressorts schnell handeln und konkrete Leitlinien festlegen.
- ◆ Die **Reform der Bundeswehr** war die richtige Entscheidung. Grund dafür waren zukunftsgerichtete Überlegungen zur Rolle moderner Streitkräfte im Bündnis. Ziel bleibt eine zwar kleinere, aber schlagkräftige und optimal ausgestattete professionelle Armee.
- ◆ Als **Freiwilligenarmee** steht die Bundeswehr im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern. Um die besten Köpfe unseres Landes zu gewinnen, sind ein attraktives Arbeitsumfeld und optimale Arbeitsbedingungen unerlässlich.
- ◆ Unsere Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit verlangt eine **erstklassige Ausstattung**. Auch die Fürsorgepflicht gebietet, den Soldatinnen und Soldaten das bestmögliche Material zu beschaffen. Hierzu gehört bspw. die Entwicklung und Beschaffung eines europäischen ferngesteuerten und bewaffnungsfähigen Luftfahrzeugs. Das Rüstungsmanagement muss weiter professionalisiert und Entscheidungen über Beschaffungsprojekte müssen schnell und am Bedarf der Truppe ausgerichtet getroffen werden.
- ◆ Die bestehenden **Haushaltsmittel** müssen tatsächlich für die Verteidigung ausgegeben werden, vorwiegend zur Entwicklung und Beschaffung moderner Systeme. Rückflüsse sind zu vermeiden. Auch eine künftige Erhöhung des Wehretats darf kein Tabu sein.
- ◆ Bei der strategisch wichtigen Definition nationaler **Schlüsseltechnologien** müssen neben der Sicherung unserer Souveränität auch außen- und technologiepolitische Aspekte berücksichtigt werden. Wir brauchen in Deutschland weiterhin eine global wettbewerbsfähige und bei Spitzentechnologien führende wehrtechnische Industrie. Deutschlands außenpolitischer Einfluss hängt mit davon ab, wie wir uns in Zukunft an europäischen oder multinationalen Rüstungsprojekten beteiligen können und ob wir über den umsichtigen Export militärischer Technologien – und die Kontrolle über Ersatzteile, Wartung und Ausbildung – positiven Einfluss auf die Empfängerländer ausüben können. Schlüsseltechnologien dürfen daher nicht zu eng definiert werden.

Frieden voranbringen

Deutschland muss nach Auffassung der CSU-Landesgruppe seine Rolle als Bündnispartner in EU und NATO nutzen, um Frieden und Sicherheit weltweit voranzubringen.

- ◆ Der **vernetzte Ansatz** bei Krisenprävention und Konfliktbewältigung ist für uns selbstverständlich. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik müssen Hand in Hand gehen.
- ◆ Die Bundeswehr trägt mit ihren **Auslandseinsätzen**, darunter vielen Ausbildungsmissionen, zu mehr Frieden und Stabilität in Krisenregionen bei. Kampfeinsätze sind für

uns nur „letzte Mittel“ zur Selbst- und Bündnisverteidigung und als Nothilfeinstrument gegen akute massive Menschenrechtsverletzungen.

- ◆ Auch künftig sollte ein deutscher Schwerpunkt bei **Ausbildungsmissionen** liegen. Dies entspricht dem Grundprinzip, die Betroffenen in die Lage zu versetzen, ihre Sicherheitsprobleme selbst zu lösen. Dazu gehört eine enge Kooperation mit regionalen Akteuren.
- ◆ Deutschland sollte sein Gewicht für eine **aktive Rolle bei der Abrüstung** nutzen. Im Bereich der Nuklearwaffen wäre eine neue Abrüstungsinitiative eine Möglichkeit, auf der globalen Ebene mit Russland gemeinsam voranzukommen und die Welt insgesamt sicherer zu machen. Ähnlich wie bei der Vernichtung syrischer Chemiewaffen und den Gesprächen über das iranische Atomprogramm könnte Russland so seinen Status als verantwortungsvolle Weltmacht mit konstruktiven Schritten unter Beweis stellen.